

Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 17.11.08

Sitzungsort: **A 013**

Beginn der Sitzung um **15.00** Uhr.

Ende der Sitzung um **19.15** Uhr.

Vorsitz führte: **Bürgermeister Kreuzberg**

Mitglieder

- Dahmen
- Hosmann
- Klug
- Küster (ab 16.15 Uhr)
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Breu (2. stv. Vors.)
- Dr. Petran

Schmitz, H.

vom Hagen

Pitz

Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- Becke
- Kuhl
- Radermacher
-
-
-

Schriftführerin

M. Müller

Gäste

- Boehnert
- Ringel
- Willenborg
-
-
-
-
-

CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU

SPD
SPD
SPD

fw/bVb

Grüne

FDP

Bürgermeister
Beigeordneter
Stadtkämmerer
GLB
- 01-
-10-
-20-
-20-

KPMG
KPMG
KPMG

Stellvertretende Mitglieder

- Dr. Dahm
- Gerharz, F.J.
- Vogel
- Stilz
- Boley
- Ehrenstein
- Falkenstein
- Fischer
- Dr. Frantziach-Immenkeppel
- Gerharz, Th.
- Hepp
- Pohl
- Pütz
- Rau
- Schumacher
- Simons
- Vetterling

- Blanke
- Heck
- Grafe
- Jung
- Reinkemeier
- Salvador
- Vilkman
- Weesbach
- Wehrhahn

- Baule
- Arth
- Bohlken
- Mainzer
- Müller

- Bortlitz-Dickhoff
- Niclasen
- Schönhütte
- Weber

- Brämer

CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU
CDU

SPD
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD
SPD

fw/bVb
fw/bVb
fw/bVb
fw/bVb
fw/bVb

Grüne
Grüne
Grüne
Grüne

FDP

1. Niederschrift vom 20.10.08	3
2. Mitteilung über eingegangene Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW	3
2.1 Kleinere Mülltonnen	3
Bezug: Schreiben Frau Veronika Kirch vom 10.10.08	3
Vorlage-Nr. 134/82 o	3
3. Haushalt 2009	3
Bezug: Rat 27.10.2009	3
Vorlage-Nr. 40/08	3
3.1 Stellenplan 2009	3
Vorlage-Nr. 40/08 e	3
3.2 Beratung Haushaltsplanentwurf 2009	3
4. Übertragung Betriebshof an Stadtwerke Brühl GmbH	6
Vorlage-Nr. 56/91 am	6
5. Wiedereingliederung des Sondervermögens „Abwasser“ in die Stadt Brühl	6
Bezug: Rat 3.3.08	6
Vorlage-Nr. 34/92 at	6
B) Nichtöffentlicher Teil	7
6. Haushalt 2009	7
hier: Erläuterungen zum Stellenplan	7
Vorlage-Nr. 40/08 f	7
7. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen und Personalbewegungen	7
Vorlage-Nr. 62/95 bz	7
8. Mitteilungen	7
8.1 Kosten Datev	7
8.2 galerie.bruehl	7

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

Bürgermeister Kreuzberg bittet, bei der Vorlage „Stellenplan 2009“, Vorlage-Nr. 40/08 e die ausgelegte Anlage 1, S. 6 und 7, zu ergänzen. Darüber hinaus bittet er auf S. 2 der Anlage 1, Stellenplan 2009, Aufteilung nach Besoldungsgruppen, Teil A: Beamte, in der 3. Zeile der Beigeordneten (B 2) die Ziff. 2 in der 5. Spalte zu ändern in 1 und ebenso in Spalte 7; hier müsse auch eine 1 statt einer 2 stehen.

1. Niederschrift vom 20.10.08

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 20.10.08 werden keine Einwände erhoben.

2. Mitteilung über eingegangene Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW

2.1 Kleinere Mülltonnen

Bezug: Schreiben Frau Veronika Kirch vom 10.10.08
Vorlage-Nr. 134/82 o

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag an den Betriebsausschuss weitergeleitet wurde.

3. Haushalt 2009

Bezug: Rat 27.10.2009
Vorlage-Nr. 40/08

3.1 Stellenplan 2009

Vorlage-Nr. 40/08 e

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bittet um Vertagung, da seine Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

Der Hauptausschuss vertagt die Vorlage-Nr. 40/08 e.

- einstimmig -

3.2 Beratung Haushaltsplanentwurf 2009

Der Hauptausschuss berät im Folgenden den Entwurf der Gesamtpläne und der Teilergebnispläne der Haushaltssatzung 2009. Die im Rahmen dieser Beratung gestellten Anträge sind als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Darüber hinaus werden Fragen gestellt, die überwiegend unmittelbar in der Sitzung seitens der Verwaltung beantwortet werden.

Die noch offenen Fragen sowie weitere Anregungen und Vorschläge werden im Folgenden zusammengefasst wiedergegeben.

Zur **Produktgruppe 11 06, Zentrale Dienste**, fragt **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP), was das DATEV-Verfahren koste.

Stadtkämmerer Freytag sagt Beantwortung in nichtöffentlicher Sitzung zu.

Zur **Produktgruppe 11 10, Organisationsangelegenheiten**, stellt **Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) zum **Sachkonto 53130, Zuweisungen an Zweckverbände**, wiederum eine extreme Kostensteigerung fest. Er fragt, ob das Mitglied in der Verbandsversammlung der KDVZ nicht Einfluss nehmen könne und was die Stadt Brühl eine eigene Datenverarbeitung kosten würde.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) bestätigt die regelmäßigen exorbitanten Umlagesteigerungen bei gleichzeitigem Rückgang der Leistungen. Insofern unterstütze er die Aktivitäten des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, Willi Zylajew hinsichtlich eines Ausstiegs aus der KDVZ.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) gibt zu bedenken, dass Bestrebungen im Gange seien, zu einer wirtschaftlicheren Gestaltung des Zweckverbandes KDVZ zu gelangen.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt entsprechende Ambitionen. Künftig sei wohl geplant, dass die Kommunen nur noch das bezahlen sollten, was sie auch in Anspruch nehmen. Angedacht sei eventuell auch die Bildung eines neuen Zweckverbandes.

Fachbereichsleiter Becke, Fachbereich 10, berichtet, dass die Stadt Wesseling umfangreiche Berechnungen hinsichtlich einer eigenen Datenverarbeitung vorgenommen habe, diese Bemühungen aufgrund der Ergebnisse jedoch schnell wieder aufgegeben hätten. Die Brühler Umlage sei im Übrigen noch einmal intensiv geprüft worden. Zu einer Erhöhung in 2009 komme es aufgrund der Inanspruchnahme von drei neuen KDVZ-Verfahren. Unter Berücksichtigung einer bereits angekündigten Rückerstattung für das Jahr 2007 in Höhe von 50.000 € könne man daher eher von rückläufigen Gebühren sprechen.

Stadtkämmerer Freytag teilt mit, dass eine neue Verbandssatzung in Arbeit sei, die einen Ausstieg aus der KDVZ möglich mache, allerdings nur, wenn sich dadurch bei den anderen Kommunen keine Schlechterstellung ergebe.

Im Übrigen sei er selbst diesbezüglich sehr kritisch, was seine Empfehlung für Datev bewiesen habe. Hier habe man allerdings eine sehr gute Entscheidung getroffen, da andere Gemeinden mittlerweile schon wechseln müssten.

Bürgermeister Kreuzberg macht nochmals deutlich, dass derzeit Ambitionen im Sinne der hier geäußerten Kritik im Gange seien und künftig sicherlich ein kundenorientierteres Verhalten der KDVZ erreicht werden könne.

- - -

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) nimmt Bezug auf die Erläuterungen zur **Produktgruppe 21 01, Grundschulen, auf S. 55**. Dort sei von einer Bezuschussung nach dem Betreuungsprogramm „13 plus“ die Rede. Er weist darauf hin, dass dieses Programm am 31. Januar 2009 auslaufe und ab 1. Februar 2009 die „Übermittagsbetreuung“ anlaufe.

Herr Radermacher, Fachbereich 20, teilt mit, dass dies im zuständigen Fachbereich bekannt sei und im Schul- und Sportausschuss noch einmal erläutert werde.

- - -

In Zusammenhang mit der Beratung der **Produktgruppe 25 03, Ortspezifische Kultureinrichtungen**, und dem **Sachkonto 53130 „Verbandsumlage VHS“** bittet **Ratsherr Hosmann** (CDU), darauf zu achten, dass die Volkshochschule lediglich ihren originären Zweck erfülle. Es könne nicht richtig sein, dass hier Veranstaltungen in Konkurrenz zur Stadt Brühl durchgeführt würden, wie z.B. Malschulkurse, die darüber hinaus noch in der städtischen Kunstschule statt fänden.

Stadtkämmerer Freytag hält dem entgegen, dass man solche Vorwürfe stets genau prüfen müsse und es grundsätzlich keine Überschneidungen gebe, da die Volkshochschule Erwachsenenbildung betreibe.

- - -

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bittet, die Tabelle über die Kennzahlen und Strukturinformationen der Kunst- und Musikschule, **Produktgruppe 25 05, S. 74**, noch einmal

separat zur Beratung vorzulegen. Hier gebe es seiner Ansicht nach einigen Klärungsbedarf hinsichtlich des Rückganges der Anzahl der Nutzer bis 14 Jahre.

- - -

Zur **Produktgruppe 31 01, Soziale Einrichtungen**, fragt **Ratsherr Jung** (SPD), ob hier auch Kosten für den Integrationsworkshop berücksichtigt worden seien. Je nach dem, welche Ergebnisse erzielt würden, müssten selbstverständlich auch entsprechende Mittel im Haushaltsplan zur Verfügung stehen.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt dies und erklärt, dass ggf. eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erfolgen könne.

- - -

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) nimmt Bezug auf die stark ansteigenden Personalaufwendungen im Bereich der **Produktgruppe 36 01, Förderung von Kindern in Tagesbetreuung**. Der Anstieg sei nachvollziehbar; es stelle sich jedoch die Frage, ob es nicht vermeidbar sei, so viele Stellen nur befristet zu vergeben.

Bürgermeister Kreuzberg bittet um Verständnis für diese Handhabung. Die weitere Entwicklung sei jedoch noch nicht konkret absehbar, so dass hier durch die Befristungen die notwendige Flexibilität erreicht werde.

- - -

Zur **Produktgruppe 51 01, Räumliche Planung und Entwicklung**, schlägt **Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) vor, im Rahmen einer Stadtverschönerung ein Beleuchtungskonzept zu erstellen. Im Vorfeld sollte jedoch zunächst geprüft werden, welche Gebäude im Stadtgebiet bereits beleuchtet würden. Evtl. müsse man diesbezüglich auch mit der Schlossverwaltung sprechen.

Bürgermeister Kreuzberg glaubt, dass bereits sehr viele Gebäude in der Innenstadt abends angestrahlt würden. Er könne jedoch gerne einmal eine entsprechende Liste erstellen lassen.

- - -

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) nimmt Bezug auf den im Rahmen der letzten Etatberatung beschlossenen Antrag seiner Fraktion, 30.000 € für die kurzfristige Anlegung provisorischer Haltestellencops bereitzustellen. Er fragt, wo diese Mittel eingeplant seien.

Beantwortung in der Niederschrift:

Die Mittel wurden bereits im Etat 2008 bereitgestellt (s. Haushaltssatzung 2008, S. 362, Umbau Bushaltestellen - 61-). Der entsprechende Planungsauftrag ist bereits vergeben.

- - -

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) bezeichnet den seit Jahren geplanten Ausbau der „Linie 18“ als Trauerspiel. Wegen der Eingleisigkeit komme es immer häufiger zu Verspätungen, so dass eine Dringlichkeit gegeben sei. Der Bürgermeister müsse sich hier unbedingt noch einmal einsetzen.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass nach den neuesten Informationen im kommenden Jahr das Planfeststellungsverfahren anlaufe und in 2010 wohl mit dem Baubeginn gerechnet werden könne.

- - -

Nach Abschluss der Beratung des Entwurfs des Haushalts 2009 einigen sich die Hauptausschussmitglieder darauf, dass die nächste Hauptausschusssitzung, die am 24. November 2008 geplant war, ausfallen könne und die Abstimmung der Anträge dann in der Hauptausschusssitzung am 8. Dezember 2008 erfolge.

4. Übertragung Betriebshof an Stadtwerke Brühl GmbH Vorlage-Nr. 56/91 am

Die **Vertreter der KPMG, Herr Boehnert, Herr Ringel und Herr Willenborg**, stehen bezüglich Fragen hinsichtlich der Übertragung nochmals Rede und Antwort. So erklären sie den Begriff der partiellen Gesamtrechtsnachfolge, gehen auf den Mehrwertsteuereffekt ein, auf die positiven Zahlen im Bereich des Sachaufwandes und ausführlich auch nochmals auf die Situation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Diesbezüglich macht **Bürgermeister Kreuzberg** nochmals deutlich, dass es hier sogar durch verschiedene Umstände zu einer Besserstellung komme, und das bei gleichzeitiger Vermeidung von Gebührenerhöhungen. Dies müsse als überaus positiv hervorgehoben werden.

Fachbereichsleiter Becke, Fachbereich 10, teilt mit, dass die Verträge dem Personalrat vorgelegt worden seien und dessen Stellungnahmen zwischenzeitlich vorliegen würden. Im Übrigen sei der Personalrat bei allen Gesprächen beteiligt gewesen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bittet, die genauen Vertragsentwürfe den Fraktionen zukommen zu lassen.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass dies bisher nicht üblich gewesen und auch in diesem Falle nicht vorgesehen sei. Über alle Vertragsgrundlagen sei in der Vorlage ausführlich informiert; die konkrete Vertragsgestaltung sei hingegen Aufgabe des Bürgermeisters bzw. der Verwaltung. Im Übrigen gebe es die Möglichkeit der Akteneinsicht. Er weist nochmals darauf hin, dass für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kein Risiko enthalten sei, da selbst im ungünstigsten Fall die Regelung bestehe, dass der Gesamtbetrieb wieder an die Stadt Brühl zurückgeführt werde.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) formuliert seinen Wunsch auf Bereitstellung der Verträge als Antrag. Abschließend fragt er, ob das Minus-Ergebnis kein steuerrechtliches Problem darstelle.

Herr Ringel (KPMG) erklärt, dass dies nach Aussage der Steuerfachleute unkritisch sei. Dennoch erfolge selbstverständlich noch eine Abstimmung mit dem Finanzamt.

- - -

1. Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion ab, jeder Fraktion ein Exemplar der Vertragsentwürfe vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 11 : 2

2. Der Hauptausschuss vertagt die Vorlage bis zur nächsten Hauptausschusssitzung.

- einstimmig -

5. Wiedereingliederung des Sondervermögens „Abwasser“ in die Stadt Brühl Bezug: Rat 3.3.08 Vorlage-Nr. 34/92 at

Der Hauptausschuss verweist die Vorlage zur Beschlussfassung an den Rat.

- einstimmig -